



## Uwe F. Lühr im großen [WIR]-Interview

Das große Interview auf Seite 3



Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen  
Beilage Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen

Nr. 10 – April/Mai 2014 | 4. Jahrgang | www.wir-online.org

# Armut in Aachen - 10.000 Kinder sind betroffen



In Aachen leiden ca. 10.000 Kinder unter den Folgen der Armut ihrer Eltern. Im Vergleich zu der Bundesrepublik und dem Land

NRW hat Aachen mit 22,4% sogar eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote, d. h. hier ist fast jedes 4. Kind von Armut betroffen. Noch schlimmer ist die Situation im Aachener Norden, hier wächst sogar jedes 2. Kind in armen Verhältnissen aufwächst.

Doch die Situation ist noch dramatischer, denn auch die Kinder, deren Eltern im Niedriglohnssektor

oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und mit ihrem Einkommen nur knapp über den sozialen Sicherungen liegen, sind von Armut bedroht. Deren Zahl ist schwer zu erfassen, da es keine Statistiken über die Höhe der Einkommen gibt.

Die oben genannten Zahlen finden sich im Zwischenbericht „KIM – Kinder im Mittelpunkt“, der in der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Aachen am 20.02.2014 vorgestellt wurde. Der Stadtrat hatte im Jahr 2010 beschlossen, ein Konzept gegen Kinderarmut in Aachen zu entwickeln. Ziel des Konzeptes ist, die unterschiedlichen Aktivitäten, deren Akteure teilweise nichts voneinander wissen, zu einer Prä-

ventionskette zu bündeln und ein Netzwerk zu bilden, das den Namen „KIM – Kinder im Mittelpunkt“ trägt. Die sehr engagierten Verantwortlichen dieses Projektes wollen möglichst vielen von Armut betroffenen Kindern, wie es im Bericht heißt, ein Aufwachsen in Wohlergehen ermöglichen.

Trotz der guten Arbeit des Netzwerkes, die von unserer Fraktion auch unterstützt wird, muss in aller Deutlichkeit herausgestellt werden, dass zur Bekämpfung der Armut in erster Linie eine Kehrtwende in der Bundespolitik von Nöten ist, denn die letzten Bundesregierungen haben durch ihre Politik die heutige Armutssituation in diesem Land zu verantworten. Hartz IV, das Fehlen

eines Mindestlohns, die Ausweitung der Leiharbeit und weiteres treiben immer mehr Menschen in die Armut.

Wir brauchen endlich eine armutsfeste und soziale Teilhabe gewährleistende Mindestsicherung. So lange es diese jedoch nicht gibt, müssen wir auf kommunalpolitischer Ebene hier in Aachen z. B. durch einen Sozialtarif Strom und ein deutlich preiswerteres Mobilitätsticket die Folgen von Armut verringern.

### Leo Deumens,

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen und OB-Kandidat der Linken

# Freihandelsabkommen stoppen



"Die Bundesregierung muss den Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den

USA und Kanada sofort die Unterstützung entziehen", erklärt Sahra Wagenknecht anlässlich der laufenden vierten Verhandlungsrunde der EU-Kommission über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und der dagegen gerichteten Proteste in Brüssel und Berlin.

Die erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: "Über 600 Wirtschaftslobbyisten haben exklusiven Zugang zu geheimen Dokumenten der TTIP, während die Öffentlichkeit nichts erfährt. Sicher ist: Die Freihandelsabkommen sind ein Angriff auf Demokratie, Arbeit-

nehmerrechte, Verbraucherschutz und die Binnenwirtschaft. TTIP wird Gentechnik im Essen, Hormonfleisch, mit Chlor desinfizierte Hähnchen sowie Fracking, also die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien, ermöglichen. Auch gegen europäische Arbeits- und Gewerkschaftsrechte könnten US-Konzerne als 'Handelshemmnisse' klagen. Gleichzeitig wollen europäische Banken und Pharmakonzerne Regeln bei Medikamenten und Finanzmarktregulierung in den USA kippen, die strenger sind als in Europa.

Auch die Investor-Staat-Klage ist nicht vom Tisch. Sollte die EU-Kommission auf die Investor-Staat-Klage bei TTIP verzichten, könnten US-Konzerne weiterhin über Zweigniederlassungen die entsprechenden Instrumente des CETA-Abkommens mit Kanada nutzen. Vattenfall verklagt die Bundesrepublik bereits auf über drei Milliarden Euro Schadenersatz wegen des Atomausstiegs. In-



© attac

vestor-Staat-Klagen sind auch eine ernstzunehmende Gefahr für die Lösung der Euro-Krise. In Griechenland etwa kaufte die slowakische Postová Bank griechische Schulden auf, nachdem diese bereits als Schrott

galten, und verklagte Griechenland dann anlässlich der Umschuldung. DIE LINKE fordert daher den sofortigen Stopp der Verhandlungen über TTIP und CETA und die Streichung der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen EU-Handelsabkommen nach dem Vorbild Ecuadors und Australiens."

### Sahra Wagenknecht, MdB Linke

Erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
Pressemitteilung 12.03.2014

# Rentenreform

ertappen Sie den Dieb und packen ihn bei den Hörnern!

Erstmals seit 1992 beschließt eine Bundesregierung klingelnde Leistungsverbesserungen in den Geldbeuteln der Versicherten. Die Mütterrente stockt die Rente für vor 1992 geborene Kinder im Westen um jeweils 28€ auf. Besonders langjährig Versicherte werden voraussichtlich nach 45 Beitragsjahren in den Geburtsjahrgängen 1951 bis 1953 mit 63 Jahren

abschlagsfrei in Rente gehen können. Für später Geborene wird aus der Rente mit 63 im Zweimonatstakt dann wieder eine Rente mit 65.

Die Erwerbsminderungsrenten werden im Durchschnitt um 40€ angehoben und das Reha-Budget wird erweitert.

Fortsetzung Seite 6



© Ute Haupts

## 4 ½ Jahre DIE LINKE im Städteregionstag: Einiges erreicht, aber noch viel zu tun!

**In einigen Wochen wird der Städteregionstag neu gewählt. Die LINKE gehört ihm seit Oktober 2009 in Fraktionsstärke an. In den letzten 4 ½ Jahren konnten wir auch einiges bewegen:**

- Die Einführung der Einwohnerfragestunde in den Fachausschüssen
- Die erstmalige Erstellung eines Vergabeberichts
- Eine verbesserte Gesundheitsberichterstattung
- Mehr Transparenz bei den wirtschaftlichen Beteiligungen der Städteregion

Andere Vorhaben wie die Einführung eines Stromsozialtarifs konnten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht umgesetzt werden. Dies entmutigt uns jedoch nicht. Einige Projekte brauchen ihre Zeit, wie das Beispiel Mobilitätsticket des AVV zeigt.

Oftmals dreht sich die Diskussion im Städteregionstag um Themen wie Wirtschaftsförderung und regionale Zusammenarbeit. Dabei geht es vor allem um den Zweckverband Aachen und die Innovationsregion Rheinisches Revier. Dass sich die Städteregion strategisch ausrichten und sich als attraktiver Wirtschaftsstandort gegenüber der Rheinschiene prä-

sentieren will, ist nicht per se verkehrt. Wir dürfen jedoch dabei die Alltagsprobleme der Leute nicht vergessen. So ist z.B. seit Jahren ein Zehntel der Bevölkerung in der Städteregion von Leistungen des SGB II abhängig. Darunter befinden sich Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Aufstocker,

deren Lohn nicht zum Leben reicht. Dazu kommen Tausende von Menschen, deren Rente nicht über Grundsicherungsniveau hinauskommt, Tendenz steigend. Auch sind Zehntausende von Menschen, Pendler\*innen, Schüler\*innen und Studierende auf einen leistungsfähigen und erschwinglichen Nahverkehr angewiesen. Und zudem wird preiswerter Wohnraum immer knapper, da in den letzten Jahren zu wenig in den sozialen Wohnungsbau investiert wurde. Mit einer nach der Wahl hoffentlich zahlenmäßig verstärkten Fraktion wird DIE LINKE ihre Arbeit fortsetzen und intensivieren können. Zu unseren Zielen gehören u.a.:

- Eine wirksame Inklusionspolitik, die nicht zu Lasten der behinderten Menschen, Eltern und Lehrer\*innen geht.
- Ein Jobcenter ohne Drangsalierung durch Sanktionen und stattdessen mit konkreter Hilfe für die Betroffenen.
- Ein verbesserter, zuverlässiger und preiswerter ÖPNV (Bus und Bahn).
- Der Kampf gegen Energiearmut und ihre Folgen, z.B. Stromabschaltungen.
- Die Forcierung des Energiewandels in der Städteregion.
- Mehr Transparenz bei öffentlichen Entscheidungsprozessen.
- Die Abkehr von der Kürzungspolitik beim Personal der Städteregion. Zu einer modernen, bürgerorientierten Verwaltung gehören motivierte MitarbeiterInnen.

DIE LINKE steht weiterhin unverzichtbar für sozialen und ökologischen Ausgleich in den Kommunalparlamenten, auch in unserer Region.

**Harald Siepmann,**  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Städteregionstag



## Andreas Müller 15 Jahre linke Ratsarbeit in Aachen



**Andreas Müller ist seit 1999 ununterbrochen Mitglied des Aachener Stadtrats, bis 2007 für die PDS, ab 2007 für DIE LINKE. 2009**

**wurde er zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Mit ihm sprach WIR-Chefredakteur Harald Siepmann.**

**Frage: Warum wird bezahlbarer Wohnraum in Aachen immer knapper?**

**Antwort:** Seit 2008 ist bei vielen Sozialwohnungen die Mietpreisbindung ausgelaufen. Die Eigentümer konnten die Miete deutlich erhöhen oder gar die Wohnungen verkaufen. Diese Entwicklung geht weiter. Von 2008 bis 2017 werden so 4.600 preiswerte Wohnungen weggefallen sein.

**F: In Aachen wird zur Zeit viel gebaut.**

**A:** Ja, aber da handelt es sich meist um teure Wohnungen.

**F: Baut denn niemand preiswerte Wohnungen?**

**A:** Doch, aber es sind viel zu wenige. Investoren verdienen mehr, wenn sie teure Wohnungen bauen. In Aachen gibt es zwar noch eine Wohnbaugesellschaft, die GeWoGe, die teilweise der Stadt gehört. Die besitzt noch preiswerte Wohnungen, hat aber seit Jahren keine neuen mehr gebaut.

**F: Wie reagiert die Politik?**

**A:** Es ist bizarr. Immer, wenn wir das Thema in Rat und Ausschüssen ansprechen, stimmen uns alle zu, quer durch die Parteienlandschaft. Der Rat hat schon mehrfach beschlossen, dass etwas geschehen muss. Doch die Beschlüsse sind weitgehend wirkungslos. Langsam glaube ich, dass eine Methode dahinter steckt.

**F: Was für eine Methode?**

**A:** Man spricht das Problem an, beschließt, dass sich was ändern müsse und lässt es dann dabei bewenden. Inzwischen bauen die Investoren weiter teure Wohnungen. Es dauert nicht mehr lange, dann ist der verfügbare Baugrund in Aachen ausgeschöpft. Der ist begrenzt in der Stadt.

## Kommunen brauchen dringend höhere Einnahmen



**„Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer müssen endlich stabilisiert und in Form einer Gemeindewirtschaftsteuer verlässlicher gestaltet werden. Ziel muss sein, finanziellen Gestaltungsspielraum für die Kommunen zurückzugewinnen.“**

Dafür benötigen sie höhere eigene Einnahmen, ohne die wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildungsinfrastruktur, Mobilität und sozial-ökologischen Umbau nicht zu finanzieren sind“, kommentiert Susanna Karawanskij, Sprecherin für Kommunalfinzen der Fraktion DIE LINKE, die heute vorgelegten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur

© Tim Reckmann / pixelio.de



Entwicklung der kommunalen Finanzen. Karawanskij weiter: „Dringend anstehende Zukunftsinvestitionen müssen vielerorts auf die lange Bank geschoben werden, weil viele Städte, Gemeinden und Landkreise die hierfür auch erforderlichen eigenen Finanzmittel einfach nicht aufbringen können. Mittlerweile beläuft sich der kommunale Investitionsrückstand bundesweit auf 128 Milliarden Euro. Und er droht weiter anzusteigen.“

**Susanna Karawanskij, MdB Linke**  
Sprecherin für Kommunalfinzen der Fraktion DIE LINKE  
Pressemitteilung 21.03.2014

## Uwe F. Löhner im großen [WIR]-Interview



**Uwe F. Löhner, 53 Jahre und Betriebswirt aus Stolberg, tritt wie schon vor fünf Jahren als Spitzenkandidat der Linken für die Städteregion an. Zu seinen politischen Schwerpunkten zählt die Energie- und Klimaschutzpolitik. Mit ihm sprach WIR-Chefredakteur Harald Siepman.**

**Frage HS: Die meisten Menschen unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien und die Abkehr von Atomkraft und Kohle. Bei der Umsetzung der Energiewende sind viele Leute aber deutlich skeptischer. Wie ist das zu erklären?**

**Antwort UL:** Meiner Ansicht nach liegt das an der irreführenden Öffentlichkeitsarbeit der großen Energiekonzerne, die durch ihre gewinnorientierte Lobbyarbeit die absolut notwendige Energiewende abwürgen. Das Augenmerk lenken die Konzerne dabei ausschließlich auf die Energiepreise, blenden aber die Kosten der jeweiligen Energieform bewusst aus. Als Folge daraus lassen sich große Teile der Gesellschaft durch die allein auf die Preise gerichtete Aufmerksamkeit von den übergeordneten Zielen einer lebenswerten Welt ablenken. Denn Geld kann man weder atmen noch essen.

**Frage HS: Warum der Unterschied zwischen Preis und Kosten?**

**Antwort UL:** Mit Preis meine ich den Betrag, den der Kunde für die kWh an den Energielieferanten zahlen muss. Zu den Kosten für den jeweiligen

Energieträger zählen aber nicht nur die Entstehungskosten des jeweiligen Energielieferanten, sondern auch das, was die Bevölkerung zusätzlich über Steuermittel und Sozialversicherungsbeiträgen aufbringen muss. Denn der Bau von Kraftwerken wird durch großzügig an die Konzerne gezahlte Steuermittel bezuschusst. Für die Behandlung von Krankheiten, die durch Braun- und Steinkohlekraftwerke hervorgerufen werden, kommen die Beitragszahler auf. Hinzuzurechnen sind die über Generationen hinaus gehenden Finanzmittel für die über Jahrtausende zu lagernden Atomabfälle. Das meine ich mit Kosten.

**Frage HS: Wie ist die „neue“ Energiepolitik der Bundesregierung zu bewerten? Und was kann die Opposition dagegen setzen?**

**Antwort UL:** Die „neue“ Energiepolitik bedeutet faktisch die Rückkehr zur alten und damit ein Bekenntnis zu den fossilen Energieträgern sowie eine Abkehr von den Zielen des Klimaschutzes. Es ist sogar zu befürchten, dass die ganzen Zugeständnisse an die kapitalmächtigen Energiekonzerne letztlich auch zur Revidierung des Endes der Atomenergie in Deutschland führen werden. Die Opposition hat unterschiedliche Interessen, aber ein gemeinsames Ziel: Die Erneuerbaren Energien dezentral zu erzeugen und zur Säule einer unabhängigen und lebenserhaltenden Energieversorgung zu machen. Dafür muss sie weiterhin bei den Menschen werben und ihnen

klar machen, dass es nur eine Erde gibt. Die gehört allen Menschen und nicht nur den Mächtigen.

**Frage HS: Was kann/muss die Politik vor Ort machen, um die Energiewende zu forcieren?**

**Antwort UL:** Die Energiewende ist dezentral durch Genossenschaften für Bürgerenergie zu organisieren. Nur so lässt sich die Marktmacht der Energiekonzerne brechen und eine demokratisch organisierte Energieversorgung vor Ort gestalten. Das Geld kommt dann den Bürgern und ihrer Stadt direkt zugute, weil das Geld im Ort bleibt und nicht an die Zentralkassen von Konzernen geht, die das Geld solange durch die Welt verschieben, bis in Deutschland keine Steuern mehr zu zahlen sind. Allerdings müssen sich die Kommunen dann auch von ihren Aktienpaketen an den Großkonzernen trennen, weil sonst der Interessenkonflikt nicht zu lösen sein wird und die Befangenheit einzelner, in Aufsichtsräten sitzender, Entscheidungsträger die erforderliche Wende blockiert.

**Frage HS: Was ist von der Klimaschutzpolitik der Städteregion zu halten?**

**Antwort UL:** Der Tatendrang ist verpufft. Sollen die ambitionierten Klimaschutzziele tatsächlich erreicht werden, dann bedarf es einer deutlichen Beschleunigung bei der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK). Doch der Druck der Öffentlichkeit ist weg, die

großen Naturkatastrophen finden andernorts statt und somit gibt es keinen direkten Leidensdruck.

Allerdings spüren die Menschen in den Innenstädten anhand der klimatischen Verhältnisse schon, dass sich etwas deutlich verändert hat. Im Sommer beispielsweise kühlen die Orte in der Nacht nicht mehr so schnell ab wie das einst der Fall war. Auch das Atmen fällt schwerer.

DIE LINKE hat deshalb einen Vorschlag im Unterausschuss Klimaschutz vorgelegt, der die Durchgrünung der Kommunen behandelt. Darin werden insbesondere Dach- und Fassadenbegrünungen als wirksame Maßnahmen gegen Aufheizung und Feinstaubbelastung ange-regt. Ein Ideenwettbewerb soll hier die vorhandenen Fachkreise anregen, Konzepte und ihre Wirkungen vorzutragen. Danach können die einzelnen Kommunen entscheiden, welche Maßnahmen für sie in Frage kommen, um den Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden. Solche Maßnahmen wirken nicht von heute auf morgen und sind deshalb frühzeitig zu beginnen, um dann durch die schrittweise Umsetzung für den gewünschten Erfolg zu sorgen.

**Vielen Dank für das Gespräch**

# WIR



### Bestellschein an

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag Haus der Städteregion Zollernstraße 16 52070 Aachen  
Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im StädteRegionstag erhalten.  
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

### Impressum:

#### WIR in der Städteregion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

#### e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

#### postalisch:

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16  
52070 Aachen

#### Redaktion

Harald Siepman (zugleich v.i.S.d.P.),  
Robert Boltz, Albert Borchardt, Hans  
Janosch, Marika Jungblut, Anja Linz,  
Dirk Makowski, Andreas Müller

#### Layout

Lasse Klopstein, Albert Borchardt

#### Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV  
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE  
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.

#### Druck

Euregio-Druck, 52068 Aachen,  
Dresdener Straße 3

#### Auflage

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen  
dieser Ausgabe möglich gemacht  
haben, und Dank auch an alle, die sie  
in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

#### Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss Juni 2014  
Ausgabe: Juli - September 2014



## Arbeitslohn = Lohn der Arbeit? Arbeiten Sie noch oder jobben Sie schon?

**Deutschland ist ein reiches Land, in dem immer mehr Menschen arm sind, auch mit Job. Die Große Koalition hat als erste Amtshandlung mit öffentlichem Geld die Diäten erhöht. Einen Mindestlohn, existenzsichernd und allgemeinverbindlich, haben wir noch immer nicht. Das ist ein Skandal!**

Angesichts dessen wagt man es kaum anzusprechen: Würdevolle Arbeit setzt nicht nur gerechte Bezahlung voraus, sondern auch u.a. gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter, gute Aus- und Weiterbildung, Zukunftsperspektive und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Auch die Kommunen verwenden öffentliches Geld zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Wie dies geschieht, ist eine politische Ent-

scheidung. In Aachen wurden etliche Dienstleistungen wie z.B. Gebäudereinigung, Buslinien etc. ganz oder teilweise privaten Firmen übertragen, um Geld für die klammen städtischen Haushalte einzusparen. Aber warum ist das billiger? Ganz einfach: Diese ‚Haushaltsentlastung‘ erfolgt zu Lasten der Be-

schäftigten. Geringere Löhne, aber mehr Arbeit und unsichere Bedingungen machen es möglich. Allein DIE LINKE mahnt hier einen verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern an: „Öffentliche Beschäftigung für öffentliche Aufgaben“. Denn billig um jeden Preis kommt uns alle teuer zu stehen. Wir

bezahlen die goldenen Nasen der Dumpinglohn-Unternehmen!

Aber statt einer Umkehr wird der Irrweg noch breiter ausgebaut. 2010 führte die schwarz-grüne Ratsmehrheit in Aachen eine Wiederbesetzungssperre in der Stadtverwaltung ein. Mittlerweile sind ganze Fachbereiche nicht mehr in der Lage, ihre Arbeit ohne externe Aufträge zu erledigen. Auch hier findet auf dem Rücken der Beschäftigten eine schleichende Privatisierung statt, und es ist wiederum DIE LINKE, die dies permanent thematisiert und die Aufhebung der Sperre fordert.

Arbeit darf nicht länger nur noch einen Preis haben, sie muss endlich wieder Wert erhalten! Eine Umkehr ist nur durch politische Veränderungen zu erreichen. Sie entscheiden bei jeder Wahl mit! Nutzen Sie ihre Stimme, um unsere (Arbeits-)Welt sozialer zu machen.

**Ellen Begolli,**  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



## Eschweiler beschließt Stromsozialtarif Erfolg für betroffene Menschen auf Initiative der LINKEN

**Der Antrag ‚Einführung eines Stromsozialtarifs durch die EWV‘, der LINKEN im Rat der Stadt Eschweiler, wurde am 18.2.14 fraktionsübergreifend und mit großer Mehrheit angenommen.**

In den letzten Jahren sind die Kosten für Energie geradezu explodiert. Dies merkt jeder sofort bei seiner Jahresabrechnung vom jeweiligen Energieunternehmen. Haushalte mit geringem Einkommen, seien es Leistungsbezieher\*innen oder in prekärer Beschäftigung, bekommen dies sehr deutlich zu spüren. Allein in Eschweiler waren im Januar 92 Haushalte mit einer Stromsperre bedroht. Natürlich ist eine Reduzierung des Stromverbrauchs sinnvoll, z.B. durch Austausch

veralteter Geräte. Dafür fehlt vielen Menschen jedoch schlicht das nötige Geld.

Kurse mit Anleitungen zum Stromsparen helfen Menschen mit zu wenig Geld und stromfressenden Haushaltsgeräten wenig, um die

ständig steigenden Energiepreise bezahlen zu können. Es darf nicht sein, dass immer mehr Betriebe sich bei den Kosten der Energiewende entziehen und diese Kosten auf die Allgemeinheit abschieben.

Der Ratsvertreter der LINKEN im Rat der Stadt Eschweiler, Albert Borchardt, stellte einen Antrag auf Einführung eines Sozialstromtarifs durch die EWV. In der Vergangenheit sind solche Anträge in anderen Kommunen kommentarlos abgelehnt worden. Anders jetzt in Eschweiler. In einer lebhaften Diskussion wurde Energie als Teil der Daseinsvorsorge von einer großen Mehrheit anerkannt.

Dass die Regelsätze für Leistungsempfänger\*innen zu gering sind, wurde von allen bejaht. Doch anstatt die Verantwortung allein auf den Bund abzuschieben und die

Menschen mit ihren Problemen im Regen stehen zu lassen, stimmten SPD, CDU und UWG dem Antrag der LINKEN zu. Solange es keine armutsfeste Grundsicherung gibt, ist ein Stromsozialtarif das einzige Mittel, einkommensschwache Haushalte vor Stromsperren zu bewahren. Den Grünen und der FDP hingegen scheinen die Belange der finanziell Benachteiligten egal zu sein.

Als Einzelvertreter war es Albert Borchardt in den letzten fünf Jahren immer wieder möglich, Missstände anzusprechen, frei nach dem Motto „Global denken – Lokal handeln“. Diese Maxime wird auch eine zukünftige Ratsfraktion beherzigen, die sich dann verstärkt einbringen kann.

**Albert Borchardt,**  
Die LINKE im Rat der Stadt Eschweiler





## Pro Menschenrechte - Contra Vorurteile und Rassismus

**Sie gehen immer gleich vor: Getarnt als harmlose, besorgte Bürger machen Rechtsextremisten gegen Flüchtlingsunterkünftemobil und versuchen mit rassistischen Resentiments die Nachbarschaft anzustacheln. Mit fatalen Folgen: Anschläge und Übergriffe häufen sich.**

In sozialen Netzwerken werden Bürgerinitiativen von Neonazis gegründet mit dem Ziel, Demos und Kundgebungen vor Flüchtlingsunterkünften zu organisieren, so auch im Januar 2013 in Eilendorf. Ziel von NPD, Pro NRW und Kameradschaften ist dabei ganz klar, die Flüchtlinge einzuschüchtern und die Bevölkerung rassistisch aufzuhetzen. Deutlich gestiegen ist auch die Zahl rechtsextrem motivierter

Delikte, bei denen eine Asylunterkunft Tatort oder Angriffsziel war: Von 24 im Jahr 2012 auf 43 bis Ende November 2013. Allein in Mechernich brante es vier Mal in einer Asylbewerbersiedlung, in zwei Fällen war es Brandstiftung.

"Nazis und Rassisten haben im vergangenen Jahr massiv vor Flüchtlingsunterkünften gehetzt und drohen allmählich eine Pogromstimmung heraufzuschwören", warnt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE angesichts der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zu Protesten und Übergriffen vor Flüchtlingsunterkünften (Drs. 18/203).

Die Bundesregierung selbst geht davon aus, dass das Thema Asylpolitik im kommenden Jahr "zu ei-

nem zentralen Aktions- und Wahlkampfthema rechtsextremistischer Parteien werden" könne. Da darf man sich nicht in Beschwichtigung ergehen, sondern muss die Anstrengungen bei der Prävention gegen Rassismus und rechte Gewalt erhöhen. Dazu gehört eine bessere und langfristige Ausstattung der Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, aber auch der Verzicht auf rassistische Stammtischparolen etwa gegen den Zuzug angeblicher "Sozialbetrüger".

Mehr zum Thema:

[www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze)

[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

[www.dok-maar.de](http://www.dok-maar.de)

**Udo Beitzel,**

*DIE LINKE. Stolberg und*

*Mitglied des Landesvorstands VNN-BdA*



© Thomas Max Müller / pixeljo.de

### Kurz notiert

Im September 2010 beschloss der Stadtrat mehrheitlich die Reformpädagogische Sekundarschule am Dreiländereck auslaufend zu schließen. Begründet wurde dies mit der „Problematischen Anmeldesituation“. Da die Schule viele ehemalige Schüler\*innen von Gymnasien, sogenannte Abschlüßer und auch viele Flüchtlinge aufnimmt, 105 der 240 Schülerinnen und Schüler haben keinen deutschen Pass, beantragt Die Linke nun die Schließung zunächst für ein Jahr auszusetzen und zu prüfen, ob man eine Primusschule, in der Kinder von Klasse 1 bis 10 unterrichtet werden, einrichten kann.

Bei der Frage, ob es verkaufsoffene Sonntage geben soll, laden der Aachener Oberbürgermeister Marcel Phillip (CDU) und der Märkte- und Aktionskreis City (MAC) Ende des Jahres die Fraktionsspitzen zum Gespräch ins Rathaus ein. Gewerkschaften und Kirchen, die sich für einen arbeitsfreien Sonntag einsetzen, dürfen hingegen nur eine schriftliche Stellungnahme abgeben. Dies hat Die Linke in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister scharf kritisiert

Da es immer weniger preiswerte Wohnungen in Aachen gibt, beantragte Die Linke im Rat der Stadt Aachen nun bei größeren Wohnvorhaben festzuschreiben, dass jede 2. Wohnung dem Standard für sozialen Wohnungsbau entsprechen muss. „Es darf nicht hingenommen werden, dass Menschen aus Mangel an preiswertem Wohnraum aus Aachen wegziehen müssen und nur noch Besserverdienende sich diese Stadt leisten können“, bringt Oberbürgermeisterkandidat Leo Deumens das Ziel des Antrages auf den Punkt.



© knipselne / pixeljo.de

### Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail:  
[wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de](mailto:wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de)

postalisch  
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Stichwort "Leserbrief"  
Haus der Städteregion  
Zollernstraße 16  
52070 Aachen



© Tim Reckmann / pixeljo.de

**Fortsetzung****Rentenreform - ertappen Sie den Dieb und packen ihn bei den Hörnern!**

Diese Reformschritte kann ich als aktiver Gewerkschafter im Grundsatz gutheißen. Zusammengefasst nennt SPD-Arbeitsministerin Nahles dieses Paket vielversprechend „Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz“ und will damit sagen: „Seht, die SPD macht wieder eine Politik für die kleinen Leute.“

Dabei blendet die Ministerin Nahles allerdings die nach wie vor gefährdete Gesamtarchitektur der gesetzlichen Rente aus. Nachhaltigkeits- und Riesterfaktor in der Rentenformel sorgen für ein weiter absinkendes Rentenniveau. Die Rente erst ab 67 führt für eine Vielzahl von Versicherten auch weiterhin zu faktischen Rentenkürzungen. In den Genuss der sogenannten Rente mit 63 sollen dazu Arbeitende nicht kommen dürfen, die in ihrem



Berufsleben durch phasenweise Erwerbslosigkeit besonders gebeutelt waren. Daran wird die nach wie vor nicht besonders arbeitnehmerfreundliche Denkanlage der großen Koalition deutlich, die offensichtlich meint: „Arbeitslosigkeit ist kein Problem des Arbeitsmarktes, sondern immer ein individuelles Problem der Betroffenen, die nicht arbeiten möchten“. Anders kann nicht erklärt werden,

warum Zeiten der Erwerbslosigkeit nicht auf die erforderlichen Beitragszeiten zur Rente mit 63 angerechnet werden sollen.

Was den Rentnern\*innen heute im Rahmen der beschlossenen „Leistungsverbesserungen“ gegeben wird, das wird ihnen bereits morgen wieder doppelt aus der Tasche gezogen. Und genau das ist das symptomatische Bild für die aktuelle Rentenreform der großen Koalition: „Eine lächelnde Arbeitsministerin Nahles, die Ihnen mit der linken Hand einen Fünfeuroschein reicht und Ihnen gleichzeitig mit der rechten Hand einen Zehneuroschein heimlich aus der Tasche zieht.“ Ich jedenfalls rate dazu, den Dieb zu ertappen und bei den Hörnern zu packen. Spätestens, bei der nächsten Wahl!

**Hans Janosch,**

AG Betrieb & Gewerkschaft

**Leo Deumens ist der Oberbürgermeisterkandidat der Linken**

Zudem kandidiert er auf Platz 2 der Reserveliste. Der 59-jährige Mitarbeiter der Deutschen Post ist seit 2005 Parteimitglied (zunächst bei der WASG, ab 2007 bei der LINKE). Zwei Jahre lang gehörte er dem Kreisvorstand der

Aachener Linken an, bei dem er sich vor allem um die Mitgliederbetreuung gekümmert hat.

Seit 2009 ist er sachkundiger Bürger der Ratsfraktion in Aachen und vertritt diesen im Sozialausschuss und im Bürgerforum, dem früheren Bürger- und Beschwerdeausschuss. Besonders bewegen ihn soziale Themen und

die Frage der Bürgerbeteiligung. Beispielhaft genannt seien hier die Anträge zu einem Sozialtarif Strom und zur Wiedereinführung der Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen. Zwei Aspekte der zukünftigen kommunalpolitischen Arbeit sind ihm dabei besonders wichtig: Die Auswirkungen bundespolitischer Entscheidungen auf die Kommune müssen im Rat und in den Ausschüssen thematisiert werden. Hier hat DIE LINKE ein Alleinstellungsmerkmal. Ein Beispiel: Die zunehmende Armut auch in Aachen (Stichworte: Kinderarmut, Altersarmut) haben u. a. mit Hartz IV und den fehlenden Mindestlöhnen zu tun, und das muss auch gesagt und dargestellt werden.

Ebenso wichtig und notwendig ist der Einsatz auf kommunaler Ebene für die von Armut bedrohten oder betroffenen Menschen. Und da kann DIE LINKE viel bewegen, wie die Einführung des Mobilitätstickets gezeigt hat.

**Reserveliste Städteregion Aachen**

Uwe Löhr (Stolberg), Marika Jungblut (Baesweiler), Helga Ebel (Aachen) Harald Siepman (Aachen), Monika Gottfried (Stolberg), Manfred Lutter (Aachen), Dr. Ute Koité-Herschel (Aachen), Dirk Makowski (Aachen), Lara Basten (Aachen), Wolfgang Weißhuhn (Aachen), Gabi Halili (Stolberg-Zweifall), Manfred Schallenberg (Monschau), Adelheid Punlinna (Aachen), Hans Linneweber (Simmerath), Doris Schmidt (Aachen) und Oliver Schmidt (Aldorf)

**Städteregionsratskandidat**

Uwe Löhr

**Reserveliste Stadt Aachen**

Ellen Begolli, Leo Deumens, Renate Linsen von Thenen, Georg Biesing, Ulla Epstein, Michael Bredohl, Adelheid Pulinna, Matthias Fischer, Agnes Schwedt, Lasse Klopstein, Dr. Ute Koité-Herschel, Harald Siepman, Aemi Schroeter, Jörg Hofmann, Jennifer Wörl und Marc Treude



**DIE LINKE.**

**Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial**

**Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.**

**Ich möchte Mitglied werden**

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen  
Augustastr. 69, 52070 Aachen

**Adresse****DIE LINKE Städteregion Aachen**

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-aachen.de  
Tel. 0241-9902531  
Fax 0241-9905228

**Linkes Zentrum**

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
Tel. 0241-99063820  
Öffnungszeiten:  
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

**Oberbürgermeisterkandidat Stadt Aachen**

Leo Deumens

**Reserveliste Bezirksvertretung Aachen-Mitte**

Lasse Klopstein, Adelheid Pulinna und Alban Werner

**Reserveliste Bezirksvertretung Aachen- Laurensberg**

Georg Biesing, Ulla Epstein und Hartmut Hoppe

**Reserveliste Alsdorf**

Oliver Schmidt-Schwan, Thomas Langer, Melanie Schwan und Mirko Trsar

**Bürgermeisterkandidat**

Oliver Schmidt-Schwan

**Reserveliste Baesweiler**

Marika Jungblut, Wolfgang Sylla, Christian Wowra, Thomas E. John und Sandra Hombach

**Reserveliste Eschweiler**

Albert Borchardt, André Schulze, Andreas Dittrich, Wilhelm Schürmann, John Loske, Waltraud Borchardt, Johann Janosch und Gerd Fremgens

**Bürgermeisterkandidat**

Albert Borchardt

**Reserveliste Herzogenrath**

Toni Ameis, Hans-Günther Fischer, Ute Ameis, Monika Dumont, Brigitte Zografou, Cindy Breuer, Volker Breuer und Linda Boltz

**Reserveliste Stolberg**

Mathias Prußeit, Gabi Hallili, Anita Jilk, Hatice Alici, Udo Beitzel, Karl-Heinz Hugo, Monika Gottfried, Armin Heck. Uwe Löhr und Gertrud Kriescher

**Bürgermeisterkandidat**

Mathias Prußeit

**Reserveliste Würselen**

Yvonne Frey, Mandy Frey, Waltraud Heidenthal, Cagdas Türkyilmaz, Klaus-Wolfgang Baranczyk, Egemen Tecimer, Ernst von der Dick und Adriana Frey

**Einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalparlamente in den Kommunen in der Städteregion**



**Städteregion Aachen**  
Harald Siepman, Helga Ebel, Marika Jungblut, Uwe Löhr (v.l.)



**Städteregionsratskandidat**  
Uwe Löhr



**Oberbürgermeisterkandidat**  
Leo Deumens



**Aachen**  
Leo Deumens, Ellen Begolli, Renate Linsen von Thenen, Georg Biesing (v.l.)



**Herzogenrath**  
Toni Ameis, Monika Dumont, Hans-Günther Fischer, und Ute Ameis (v.l.)



**Baesweiler**  
Wolfgang Sylla, Sandra Hombach, Christian Wowra, Marika Jungblut (v.l.)



**Bürgermeisterkandidat**  
Oliver Schmidt-Schwan



**Bürgermeisterkandidat**  
Albert Borchardt



**Eschweiler**  
Albert Borchardt, Wilhelm Schürmann, André Schulze und Andreas Dittrich (v.l.)

**KONSEQUENT SOZIAL**

DIE LINKE hilft bei Anträgen, liest Bescheide und begleitet Sie bei ihrem Weg ins Jobcenter. Wir bieten außerdem Infos zu Regelsatz und Mehrbedarf, Miete, Zwangsumzug und Renovierung, Eingliederungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs.

**Hartz-IV-Treff**

Mittwochs, 15 bis 17 Uhr  
Linkes Zentrum Aachen  
Augustastraße 69

**LINKE Sozialsprechstunde**

immer am 2. und 4. Mittwoch im Monat, 17 bis 19 Uhr  
Linkes Zentrum Aachen  
Augustastraße 69  
im Auftrag von MdB Andrej Hunko

**LINKE Sozialsprechstunde**

immer am 3. Montag im Monat, 15.30 bis 18 Uhr  
Rathaus Eschweiler, Raum 13  
Johannes-Rau-Platz 1  
im Auftrag von Ratsmitglied Albert Borchardt



**Frühstück für alle ! - ... und keiner is(s)t allein**

**Frühstück im linken Zentrum Aachen, jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 13 Uhr**

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern\*innen das Gespräch gesucht werden.





## Gehaltskürzungen bei Beschäftigten der Caritas-Behindertenwerke in der Städteregion Aachen

Mitte November erschien ein kurzer Artikel in den Eschweiler Nachrichten zu geplanten Gehaltskürzungen für alle Mitarbeiter\*innen mit Behinderungen in den Werken der Caritas Behindertenwerke GmbH (CBW GmbH). Der Artikel ließ allerdings einige Fragen offen.

Da ich Ende der 80er Jahre im Metallbereich des Caritas Werkes in Alsdorf meinen Zivildienst ableistete, fühlte ich mich sofort angesprochen, mehr zu erfahren. Ich entschloss mich, dem Geschäftsführer der CBW, Herrn Doersch, eine E-Mail zu senden. Darin drückte ich meine Bestürzung über die jüngste Entwicklung aus.

Weiterhin nahm ich mit der Presse sowie unserem Genossen Albert Borchardt in Eschweiler Kontakt auf. Ich erhielt daraufhin weitere Informationen sowie die E-Mail-Adressen von verschiedenen Mitarbeitern und Betroffenen. Es entstand ein reger Mailverkehr und mir wurde immer bewusster, was von Seiten der Geschäftsleitung geplant ist. Auf unserer Mitgliederversammlung des Kreisverbands Anfang Ja-

nuar haben wir folgende Solidaritätserklärung der LINKEN einstimmig beschlossen:

Solidaritäts-Erklärung der Partei DIE LINKE Städteregion Aachen für die Mitarbeiter der Caritas Behindertenwerke Städteregion Aachen DIE LINKE fordert den Verwaltungsrat der Caritas Behinderten-



werk GmbH auf, nicht die Löhne der behinderten Menschen und Mitarbeiter zu kürzen, sondern den Fehlbetrag von ca. 700.000.- Euro den die Geschäftsführung bewusst im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat herbeigeführt hat, wie den Mitarbeitern und behinderten Mitarbeitern versprochen,

aus Verbandsmitteln der Caritas des Bistums Aachen zu begleichen. Die Mitarbeiter haben diesen Fehlbetrag nicht verursacht. Weiterhin bietet sich DIE LINKE Städteregion Aachen als Ansprechpartner für alle Betroffenen an.

Diese Soli-Erklärung habe ich dann an die Presse weitergeleitet sowie

sich dann ein wirklich düsteres Bild. Die Betroffenen müssen Gehaltskürzungen von bis zu 35% hinnehmen. Das alles zusätzlich vor dem Hintergrund, dass die Mitarbeiter schon vorher sehr karge Löhne erhalten haben. Ein Beispiel: Gehalt vor den Kürzungen 405.- Euro im Monat. Nach den Kürzungen 254.- Euro! Von diesen Kürzungen sind ca. 1.100 Mitarbeiter\*innen in den 6 Werken hier in der Städteregion betroffen. Als Krönung wurde den Beschäftigten zu der Januar-Abrechnung noch ein Schreiben beigelegt mit der ausgedrückten „Hoffnung“, sie mögen die Lohnkürzung doch durch Leistungen der Grundsicherung ausgleichen! Es drängt sich der Eindruck auf, die Situation habe sich seit dem Wechsel in der Geschäftsführung verschlechtert.

DIE LINKE verfolgt das Thema weiter und hofft, die Gehaltskürzungen rückgängig machen zu können. Die Fraktion im Städteregionstag beispielsweise hat beantragt, die Thematik in der nächsten Sozialkonferenz am 2. April (Sitzung ist öffentlich!) zu behandeln.

**Oliver Schmidt-Schwan,**  
DIE LINKE Alsdorf

in diversen Facebook-Gruppen verteilt. Die Soli-Erklärung auf die Webseite der Aachener Linken gesetzt. Als Folge meldeten sich Betroffene Menschen und Angehörige und baten uns um Hilfe.

Auch wurden uns Gehaltsnachweise zugespielt. Aus diesen ergab

## Städteregionstagsfraktion diskutiert Umsetzung der Inklusion



v.l.n.r. Walter Lohne (GEW), Harald Siepman (Vorsitzender Fraktion DIE LINKE im SRT), Manfred Lutter (Sachkundiger Bürger), Wolfgang Raschke (Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen), Veronika Buszewski (DIE LINKE NRW) Foto: Lara Basten

Lernen", Veronika Buszewski vom Landesvorstand DIE LINKE NRW und dort Inklusionsbeauftragte sowie Manfred Lutter, sachkundiger Bürger der Fraktion und selbst Lehrer an einer Förderschule.

Unter dem Titel "Inklusion und ihre Umsetzung in Schulen in der Städteregion Aachen" lud die Fraktion DIE LINKE am 06. März zu einer Podiumsveranstaltung in die Roda-Schule Herzogenrath ein. Unter den eingeladenen Referenten befanden sich Walter Lohne von der GEW Aachen, Wolfgang Blaschke von der Landesarbeitsgemeinschaft "Gemeinsam Leben - Gemeinsam

Dabei diskutierte man u.a. über folgende Fragen:

- Was müsste noch getan werden, damit Inklusion für alle funktioniert?
- Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der jetzigen Umsetzung?
- Welche gravierenden Konstruktionsfehler finden sich im derzeitigen Inklusionsplan der Landesregierung NRW?

Einig waren sich die Diskutanten, dass eine ausreichende finanzielle Ausstattung eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Inklusion behinderter Menschen ist. Aber Geld alleine reicht längst nicht aus. Inklusion beginnt in den Köpfen und konsequent durchgedacht bedeutet sie, dass man um die Schule für alle nicht herumkommt.

So sah Wolfgang Blaschke ein großes Hindernis im dreigliedrigen Schulsystem. Diese Kritik teilte auch Veronika Buszewski, die vor einer Inklusion mit der Brechstange warnte. Manfred Lutter schilderte die Probleme, denen sich Lehrer jetzt schon ausgesetzt sehen und die durch die Inklusion à la rot-grüner Landesregierung vermehrt werden, wenn nicht neues Personal dazu-

kommt. Walter Lohne mahnte Nachholbedarf bei der Lehrerbildung, insbesondere den Sonderpädagogen an und verwies darauf, dass zu viele Stellen nur befristet ausgeschrieben sind. Einig waren sich alle, dass behinderte Menschen auch nach der Schule eine Chance auf ein selbstverwirklichtes Leben erhalten müssen.

Harald Siepman, Fraktionsvorsitzender, betonte das hohe Niveau der Diskussion:

**"Uns als kommunalen Entscheidungsträgern war es wichtig, das Thema Inklusion aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten zu können.**

Dies ist uns dank der hochkarätigen Beiträge auch gelungen."